

Interview mit Haranath Tadepally

«Chancenlos ist das indische Dorf nicht»

Eine Lösung der Entwicklungsprobleme Indiens kann nur von unten kommen – so Haranath Tadepally, Mitglied der «Society für Human Integrity and Prosperity» (SHIP). Wie die Makroökonomie der Weltwirtschaft die Mikroökonomie beeinflusst und verdreht, wollten Marco Feistmann und Roland Brunner von ihm erfahren.

Haranath, du arbeitest für ein Organisation, die sich Gesellschaft für die menschliche Integrität und Wohlstand nennt. Kannst du die Arbeit dieser Organisation und deinen eigenen Hintergrund erklären?

Ich bin studierter Sozialwissenschaftler. Seit 1973 arbeite ich auf Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Seit sechs Jahren nun arbeite ich für die Gesellschaft für menschliche Integrität und Wohlstand (SHIP) einerseits und die Akademie für Ghandi-Studien in Heidebath andererseits. Die SHIP versucht Antworten zu entwickeln gegen die wachsende Verarmung und das Elend. Wir arbeiten sehr eng mit der Bevölkerung zusammen.

Das Hauptproblem in unserem Gebiet in Andrah Pradesh liegt in den grundlegenden Lebensbedingungen und einer primären Infrastruktur zum Überleben. Zentral sind dabei die natürlichen Wasserreservoirs, die das Regenwasser speichern. Früher drehte sich das ganze Dorfleben und die Dorfökonomie um diese Wasservorräte. Wasserträger, WäscherInnen usw. lebten davon, es diente als Trinkwasser, zur Versorgung der Tiere und zur Bewässerung der Felder. Vor allem die Bewässerung garantierte ein gesichertes Einkommen und Überleben. Die letzten 40 Jahre geplanter Entwicklung haben zum völligen Zerfall dieser

natürlichen Wasservorkommen geführt. Systematisch wurde den Dörfern die Kontrolle über ihre Wasserreservoirs abgenommen. Vor allem die kleinen und kleinsten Bauern leiden heute darunter. Die Regierungspolitik förderte das Anbohren des Grundwassers. Während früher Grundwasser in 15 Meter Tiefe gefunden wurde, muss man heute 135 Meter tief bohren und dafür mit Kosten von 40'000 Rupien rechnen (= 2500 Fr. Die Armutsgrenze liegt bei einem Einkommen von 6000 Rupien pro Jahr). Die Regierung stellt dafür Kredite zur Verfügung, ohne dass irgendeine Gesetzgebung über dieses Grundwasserbohren erlassen worden wäre. Die Bauern haben sich dadurch mehr und mehr verschuldet und stehen vor dem Zusammenbruch ihrer Existenz.

Ein weiteres Problem entstand durch die «grüne Revolution». Die Landwirtschaft und ihre Anbaumethoden waren zuvor im Einklang mit lokal vorhandenen Ressourcen und Materialien und den klimatischen Bedingungen wie Bodenbeschaffenheit, Wasserzufluss usw. Die Faktoren waren entscheidend für die Anlage der Felder und die Auswahl des Anbaus. Mit der sogenannten grünen Revolution wurde die Landwirtschaft intensiviert und kommerzialisiert. Viele «cash crops», d.h. Anbau nur zum Verkauf, wurden eingeführt wie z.B. Zuckerrohr oder Baumwolle. Wenn Grossgrundbesitzer ihren Anbau auf Marktproduktion umstellen, so sehen sie den Erfolg sofort, denn sie können sich die notwendigen Investitionen leisten. Für kleine Landbesitzer ist dies unmöglich. Er muss sich Geld leihen, Schulden machen.

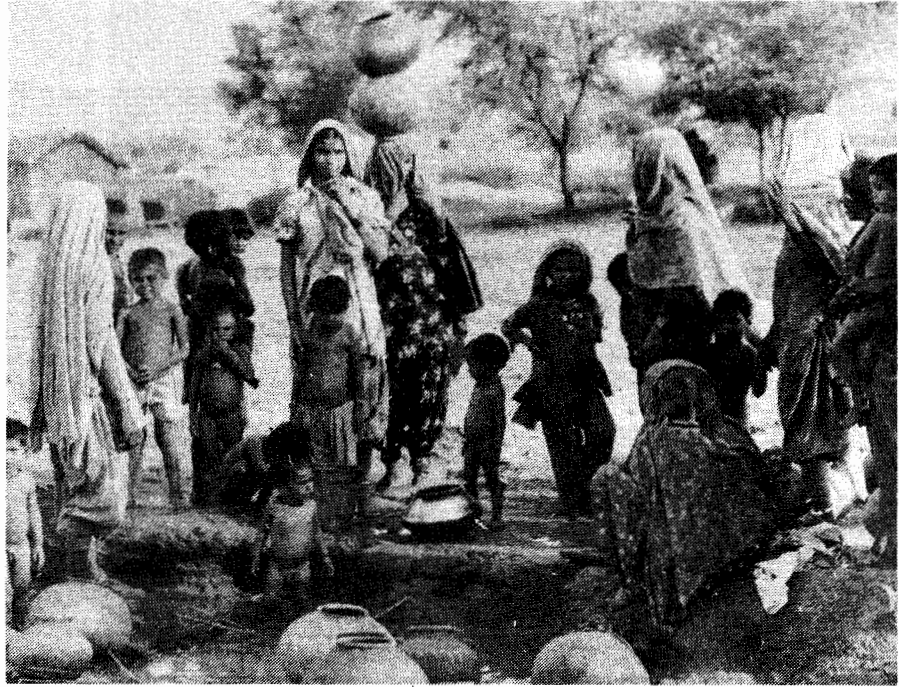
Die Kommerzialisierung der Landwirtschaft führt auch zu einer Überausbeutung des Bodens. Es werden immer dieselben Produkte angebaut, was den Boden völlig auslaugt. Dem Boden muss dann immer mehr Kunstdünger zuge-

führt werden. Zudem erfordern die gebietsfremden Pflanzen mehr Pestizide und Kunstdünger als natürlicherweise vorkommende Gewächse. Der Kunstdünger zerstört dann auch die natürlichen Bakterien und Insekten und damit das ökologische Gleichgewicht einer Region. Der Gebrauch von Pestiziden wird erhöht. Neue Chemiefabriken entstehen und bedrohen auch den Menschen.

Du hast die grüne Revolution erwähnt. Welchen Einfluss haben internationale Institutionen und transnationale Konzerne auf die Landwirtschaft Indiens?

Die Bauern haben heute keine Wahl: Sie sind eingekreist vom Staat und den internationalen Agenturen. Diese Mächte verunmöglichen lokale Selbstbestimmung. In der Region Guntur als Beispiel wird schon lange Baumwolle angepflanzt. Früher wurde mit der lokalen Baumwollproduktion jedoch nur die lokale Nachfrage gedeckt, um Kleider herzustellen. Heute ist die Baumwollproduktion in diesem Gebiet vollkommen kommerzialisiert. Die Bauern waren gezwungen, Kredite aufzunehmen und sich der staatlichen Unterstützung zu unterstellen.

Dann fielen die Baumwollpreise zusammen. Die Produzenten haben keine Möglichkeiten, die Preisbildung zu beeinflussen. Die grossen internationalen Konzerne bestimmen die Preise und die Bauern werden zu reinen Produzenten degradiert. Regierung, internationale Gremien und transnationale Konzerne arbeiten hier gut zusammen. Die indische Regierung nimmt bei den internationalen Institutionen Kredite auf, um sie an kleine Bauern weiterzugeben. Aber wer profitiert von diesen Krediten? Die Bauern selbst praktisch nicht. Die Multis



erhalten die Kredite über den Kauf von Pestiziden, Saatgut, Kunstdünger usw. Pepsi Cola ist ein anderes Beispiel für diese Politik. 1977 wurden die meisten Multis, z.B. der Petrochemie und der Getränkeindustrie, aus Indien vertrieben. Zuvor war Coca Cola im ganzen Land sehr beliebt. Nach dem Regierungsentcheid von 1977 stellte Coca Cola die Produktion in Indien ein. Eine Vielzahl lokaler Getränkehersteller begannen darauf mit ihrer Produktion. Tausende von Arbeitsplätzen wurden damit geschaffen. Diese lokalen Getränkehersteller benutzen lokale Rohmaterialien, bauen lokale Infrastrukturen und Vertriebsnetze auf. Ähnliches geschah bei der Erdölverarbeitung nach der Vertreibung von Esso, Shell und Konsorten. Lokale Initiative, Erfahrungen und Kenntnisse können so fruchtbar gemacht werden für eine wirkliche Entwicklung.

Vor sechs Monaten wurde nun Pepsi Cola in Indien zugelassen. Sie benützten einen berühmten Cricket-Spieler für ihre Werbung und sagten den Leuten: Wenn ihr Pepsi trinkt, bekommt ihr ein Interview. Pepsi hat eine gute Infrastruktur. Sie können sich langfristige Investitionen leisten. Kurzfristige Verluste kümmern sie nicht. Schon heute findet man in den kleinsten Dörfern Pepsi. Sie zerstören damit die langsam aufgebaute eigene Getränkeproduktion.

Welche transnationalen Unternehmen sind da vor allem aktiv?

Ciba-Geigy und Hoechst sind wohl die berühmtesten Namen. Meist agieren die Multis aber unter indischen Namen und über indische Zweigfirmen. Da ist es oft sehr schwierig zu sehen, wer dahintersteht. Die Arbeitsweise ist aber offensichtlich: DDT beispielsweise, dessen Einsatz in Europa verboten ist, wird in

Indien frei verkauft. Wir sind im Moment daran, die sozialen und ökologischen Auswirkungen dieses DDT-Einsatzes zu erforschen.

Nächstes Jahr wird in Rio de Janeiro ein UNO-Gipfel zur Umweltproblematik stattfinden. Was erwartest du von diesem Treffen und welche Forderungen stellt ihr?

Im Moment finden Vorbereitungstreffen statt. Ende März soll das letzte Vorbereitungstreffen in New York stattfinden. Ziel ist die Verabschiedung einer Charta zur Umweltpolitik. In Rio wird nur das Dokument verabschiedet, das in New York schlussbearbeitet wird.

Viele regierungsunabhängige Organisationen nahmen erst an den Diskussionen nicht teil, da sie kritisierten, dass die Konferenz an den Interessen der Leute in den betroffenen Ländern vorbeigehe. Inzwischen versuchen aber an die 20'000 dieser Organisationen, eine Lobbyarbeit auf die Konferenz hin aufzubauen und eine Parallelkonferenz durchzuführen. Die Konferenz reproduziert die Teilung in Norden und Süden. Die Dokumente, die von den Industriestaaten des Nordens vorgelegt werden, zeugen von Arroganz und imperialistischem Denken. Sie versuchen, den Ländern des Südens die Schuld für die Umweltprobleme in die Schuhe zu schieben. Die Menschen im Süden dagegen wissen, dass die Umweltprobleme im Süden durch das Verhalten und den Lebensstil des Nordens entstanden sind.

Wir glauben, dass es keine Entwicklung auf Kosten anderer geben kann. So geschah die kapitalistische Entwicklung. Wir stellen dem ein Entwicklungsmodell gegenüber, das die natürlichen Ressourcen berücksichtigt und das Individuum respektiert. Der Lebensstil ist dabei entscheidend: Der Wegwerfgesellschaft und ihrem Konsumismus setzen wir ein bewusstes Umgehen mit der Natur und ein Denken in komplexen Zusammenhängen entgegen.

Du sprichst von wichtigen moralischen Wertvorstellungen. Können solche Grundsätze realisiert werden in einem Land, das ein enorm hohes Bevölkerungswachstum kennt? Kann eine Landwirtschaft ohne Chemie, eine Produktion ohne Weltmarktabhängigkeit das Land und seine Menschen versorgen?

Das ist eine sehr schwierige und sicher die entscheidende Frage. Ich denke nicht, dass wir fertige Antworten auf all diese Probleme haben. Antworten können aber nicht von der Regierung oder von internationalen Institutionen kommen. Lösungsansätze können sich nur unter Einbezug der Bevölkerung entwickeln und realisiert werden. Wir müssen in die Fähigkeit und die Kenntnisse der Menschen vertrauen. Wir müssen von mikroökonomischen Einheiten ausgehen: Die Grundlagen und Ressourcen eines Dorfes entscheiden über seine Entwicklungsmöglichkeiten.

Nur wenn Menschen Verantwortung für ihr Tun und Lassen übernehmen können und müssen, werden sie Antworten entwickeln. Wir entwickelten daher eine Strategie der Partnerschaft. Wir gehen zu den Menschen, leben mit ihnen und helfen ihnen, ihre eigenen Lösungen zu verwirklichen.

Welchen Beitrag kann der Norden dazu leisten? Wie könnten z.B. die Gewerkschaften mithelfen, die Lösungsansätze zu entwickeln?

Ein Dorf ist heute keine kleine beschränkte Einheit mehr. Durch die modernen Massenkommunikationsmedien ist heute jedes Ereignis irgendwo auf der Welt Teil der Weltöffentlichkeit. Alle Ebenen der Arbeit sind daher wichtig. Organisationen im Norden, in Europa beispielsweise, können hier eine entscheidende Rolle spielen durch den Druck, den sie auf die eigene Regierung ausüben. Indem sie die eigene Politik gestalten, gestalten sie den Raum für unsere Entwicklungsmöglichkeiten.

Viel Geld wird heutzutage immer noch für Militär und Rüstung ausgegeben. Die sogenannten reichen Länder gaukeln sich damit eigene Sicherheit vor. In Wirklichkeit beziehen sie die Länder des Südens in eine Rüstungsspirale mit ein, die eine wirkliche Entwicklung verhindert. Der Norden muss lernen, dass er nicht alle Ressourcen der Welt ausbeuten kann, sondern dass Ressourcen beschränkt sind und geteilt werden müssen. Hier haben die Gewerkschaften eine wichtige Aufgabe. Sie dürfen nicht nur die Konsuminteressen der eigenen Bevölkerung verteidigen, sondern müssen global denken und für eine gerechte Verteilung eintreten.

Gegenkongress zur IWF-Jahrestagung in Bangkok

Gescheitertes Entwicklungsmodell

Das Entwicklungsmodell, welches der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die westlichen Regierungen vertreten, hat seine ökologischen Grenzen erreicht und ist gescheitert. Zu diesem Schluss kam das «Internationale Volksforum», ein Gegenkongress zur kürzlichen Jahrestagung von IWF und Weltbank in Bangkok.

Rund 250 VertreterInnen von Basis-Bewegungen aus der ganzen Dritten Welt waren Mitte Oktober in Bangkok zusammengekommen, um ihre Erfahrungen mit ausländischen Krediten und insbesondere Weltbank-Projekten auszutauschen. Anhand von zwölf Fallbeispielen diskutierten sie die Auswirkungen von solchen Projekten auf lokale Gemeinschaften und die natürliche Umwelt. Zu jedem Beispiel wurde aber auch ein Gegenbeispiel von alternativen Entwicklungsstrategien vorgestellt. Aus den Diskussionen ging eine Abschlusserklärung hervor, die die wohl umfassendste Kritik des vorherrschenden Entwicklungsmodells aus der Sicht von südlichen Basis-Organisationen bildet.

Umfassende Kritik

Der Einfluss der einladenden Organisationen aus Thailand, wo sich die Verschuldungskrise noch nicht akut bemerkbar macht, kommt in der Abschlusserklärung deutlich zum Ausdruck: Diese beschränkt sich nicht auf die – für die Dritte Welt negativen – internationalen Finanzströme und auf die Rolle des Internationalen Währungsfonds. Stattdessen untersucht sie die Auswirkungen des Auslandskapitals auf die Landwirtschaft ebenso wie die neuen Biotechnologien oder die Umweltpolitik der Weltbank, Fragen von Demokratie und Repression ebenso wie die kulturelle Entfremdung. Die Kritik der Basis-Bewegungen macht auch vor den Entwicklungen in der nördlichen Hemisphäre nicht halt. Die zunehmende Obdach- und Arbeitslosigkeit, der Drogenkonsum, der Zerfall von Familien oder die Umweltzerstörung zeigten, dass das vorherrschende Entwicklungsmodell auch

in den Industrieländern, in denen es seinen Ursprung genommen habe, scheitere. «Eine stetig stärker werdende Konsumhaltung hat einen zunehmend verschwenderischen Verbrauch bewirkt, welcher nur solange fortgesetzt werden kann, als der Dritten Welt billige Ressourcen und Arbeitskraft entzogen werden kann», heisst es in der Erklärung.

«Das gegenwärtige Entwicklungsmodell kann innerhalb der bestehenden un-demokratischen oder autoritären gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht restrukturiert werden», hielten die TeilnehmerInnen des Volksforums fest. Sie forderten deshalb eine Reduktion der Finanzmittel für die Weltbank und den IWF sowie Alternativen, die «auf dem Prinzip der Selbstbestimmung und der effektiven Beteiligung der Bevölkerung» beruhten. Gleichzeitig zeigten sie sich beeindruckt von zahlreichen Beispielen von «Überlebensstrategien gegen die überwältigende Macht des gegenwärtigen Weltsystems», von spontanen Revolten und von vielfältigen alternativen Entwicklungsstrategien in lokalen Bereichen. «Dort, wo die Leute ihre eigenen Ressourcen kontrollieren und ihre Entscheide selbst fällen, sind sie ohne Zweifel fähig, ihre eigenen nachhaltigen Alternativen zu entwickeln», folgert die Abschlusserklärung.

Abschied von der Weltbank

Die Basis-Bewegungen demonstrierten in Bangkok symbolisch gleich noch ihren Austritt aus der Weltbank. Um ihre ökologische Reformbereitschaft zu beweisen, hatte diese zahlreiche Organisationen zu einer Diskussion über ihren neusten Umweltbericht eingeladen. Doch von ihrer üblichen Geheimniskrämerei mochte sie nicht abrücken: Sie war nicht bereit, den neuen Bericht zum voraus auszuhändigen. Die eingeladenen Organisationen liessen die vorgesehene PR-Übung daraufhin platzen. Sie händigten den verdutzten VertreterInnen von Weltbank und Medien eine Beschwerde aus und verliessen den Versammlungsraum unter Protest.

Peter Bosshard, Erklärung von Bern